

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 24. September 1957

Blatt 1887

Vizebürgermeister Honay begrüßt Bioklimatologischen Kongreß  
=====

24. September (RK) Im Physikalischen Institut der Wiener Universität wurde heute vormittag der Internationale bioklimatologische Kongreß eröffnet. Vizebürgermeister Honay hielt im Namen der Stadt Wien die Begrüßungsansprache.

Der Vizebürgermeister führte aus: "Der erste Kongreß der neugegründeten "International Society of Bioclimatology and Biometeorology" wurde für Wien anberaumt. Ich betrachte dies als eine Auszeichnung für unsere Stadt. Gewiß, Wien kann sich rühmen nach den langen Jahren der Besatzung durch fremde militärische Mächte, wieder Kongreßstadt geworden zu sein. Aber Ihre Tagung begrüße ich mit besonderer Freude, weil man dadurch auch im Ausland die österreichische bioklimatische Forschung anerkennt und zu weiterer Tätigkeit ermuntern will.

Ich habe schon gesagt, daß in Wien viele Kongresse abgehalten werden. Es sind solche darunter die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ansprechen und andere, die vom allgemeinen Interesse sind. Dazu zähle ich Ihre Tagung. Die am Bioklimatologischen Kongreß behandelten Themen haben für jeden Menschen Bedeutung. Leben und Tätigkeit der Menschen sind vom Wetter und Klima abhängig. Es gibt vielfältige direkte Einflüsse der atmosphärischen und der, ebenfalls in das Forschungsgebiet der Bioklimatologie gehörenden, extraterrestischen Vorgänge und es gibt verschiedenartige indirekte Einflüsse. So sind die Witterungseinflüsse für die landwirtschaftliche Produktion oft von ausschlaggebender Bedeutung, so gibt es mannigfaltige Einflüsse von anderen tierischen und pflanzlichen Lebensvorgängen, die dann wieder das Befinden des Menschen ungünstig

./.

gestalten können. Ich verweise dabei besonders auf die Entwicklung und Verbreitung von Bakterien.

Die technischen Fortschritte der letzten Zeit bringen weitere Notwendigkeiten zu bioklimatischen Untersuchungen mit sich, seien es die Forschungen für die Stadt- und Raumplanung, die zunehmende Luftverunreinigung vor allem durch die Kraftfahrzeuge, oder seien es die Untersuchungen über die stark wetterabhängige Verbreitung radioaktiver Luftbeimengungen. Nicht zu vergessen ist die heilklimatische und kurorteklimatische Forschung. Der Hauptzweck der Internationalen Gesellschaft für die Bioklimatologie ist es, alle diese und noch weitere Forschungsrichtungen über die ganze Welt zu koordinieren um zu einer Ganzheit der Bioklimatologie in fachlicher und räumlicher Hinsicht zu kommen.

Es ehrt uns, daß für den Ort der ersten Welttagung, die sich zunächst noch in einem kleineren Rahmen abspielt aber trotzdem Fachleute aus allen Erdteilen vereinigt, Wien bestimmt wurde. Die Stadtverwaltung, welche die bioklimatische Tätigkeit in ihrer Wichtigkeit anerkennt und fördert, wünscht hiezu besten Erfolg!"

- - -

#### Rundfahrt "Neues Wien"

=====

24. September (RK) Donnerstag, 26. September, Route 5 mit Besichtigung des Strandbades "Gänsehäufel", des Wasserparkes, der Wohnhausanlage am Kapaunplatz, des Karl Marx-Hofes und anderer Wohnhausanlagen im 19. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

#### Richtigstellung zum Rinderhauptmarkt

=====

24. September (RK) In unserem Bericht Rinderhauptmarkt vom 23. September auf Blatt 1886 soll es im dritten Absatz richtig heißen: Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen....

- - -

Gesperrt bis 17 Uhr!

Anwendungsprinzipien der modernen Betriebsführung in der  
öffentlichen Verwaltung

24. September (RK) Stadtrat Riemer hielt heute nachmittag vor den Delegierten der Internationalen arbeitswissenschaftlichen Tagung einen Vortrag über Anwendungsprinzipien der modernen Betriebsführung in der öffentlichen Verwaltung.

Stadtrat Riemer führte aus: "Zwei Vorstellungen verbinden wir im allgemeinen mit dem Begriff moderner Betriebsführung. Die Vorstellung der Automation, also der steigenden Mechanisierung der Arbeitsvorgänge, und seit neuerer Zeit die Vorstellung einer wissenschaftlich gelenkten und überlegten Menschenführung. Daß die moderne Betriebsführung ihren Ausgangspunkt von der Privatwirtschaft genommen hat, wird kaum überraschen, denn in der Privatwirtschaft und insbesondere im Produktionsbetrieb waren und sind gewöhnlich alle technischen und quantitativen Voraussetzungen für den Ansatz einer Modernisierung gegeben. Es ist aber zweifellos naheliegend, die Frage zu stellen, inwieweit sind die gleichen betriebswirtschaftlichen Erwägungen, die zur Modernisierung der Betriebsführung in der Privatwirtschaft geführt haben, auch für die öffentliche Verwaltung gegeben und wie weit ist die öffentliche Verwaltung bereit und imstande, aus den Erfahrungen der Privatwirtschaft Nutzen zu ziehen und für ihren Bereich ebenfalls zu modernen und wissenschaftlich überlegten Betriebsmethoden überzugehen?"

Wenn wir von öffentlicher Verwaltung und vom öffentlichen Dienst sprechen, so schließen wir gewöhnlich alle Erscheinungsformen des öffentlichen Dienstes ein. Wir machen dabei kaum einen Unterschied zwischen den Einrichtungen der öffentlichen Hand, die der Befriedigung allgemeiner täglicher Bedürfnisse dienen und den zahlreichen und vielfältigen bürokratischen Einrichtungen der Behörden. In beiden Fällen sind wir geneigt, betriebswirtschaftliche Grundsätze, Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Privatwirtschaft mehr oder weniger automatisch auf den öffentlichen Dienst zu übertragen, bzw. deren Anwendung durch die öffentliche Hand anzunehmen und zu erwarten. Hier müssen wir aber zwischen den Produktions-

und Versorgungsbetrieben der öffentlichen Hand einerseits und den behördlichen Dienststellen von Staat und Gemeinde andererseits streng unterscheiden. Selbstverständlich wird eine von modernen Menschen geführte Verwaltung bestrebt sein, in den Betrieben und Unternehmungen der öffentlichen Hand alle erprobten technischen Neuerungen einzuführen und durch ihre Anwendung den öffentlichen Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten und seine Arbeitsbedingungen für das eigene Personal zu verbessern. Dieses Bestreben ergibt sich schon aus dem Wesen dieser Unternehmungen als gemeinwirtschaftliche Betriebe, deren Betriebsziel nicht das Profitstreben, sondern ausschließlich die wohlfeilste Erfüllung allgemeiner Bedürfnisse ist. Die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, elektrischer Energie oder Wasser, die Beförderung von Menschen und Gütern, sei es im Lokal- oder im Fernverkehr, zu den billigsten Tarifsätzen und auf die bequemste, angenehmste und schnellste Art, ist das wesentliche Merkmal aller von der öffentlichen Hand geschaffenen und betriebenen Versorgungsunternehmungen. Daher werden sie immer bestrebt sein, ihre technischen Einrichtungen und Anlagen zu verbessern, zu modernisieren, ökonomischer zu gestalten. Das Prinzip der Gemeinwirtschaft, also der wohlfeilsten Versorgung der Bevölkerung, ist allein schon ein gewaltiger und entscheidender Motor der Modernisierung und der Anwendung wissenschaftlicher Methoden im Betrieb. Zur Illustration dieser Feststellung darf darauf verwiesen werden, daß etwa die Wiener Gaswerke seit eh und je Musterbeispiele moderner Betriebsanlagen gewesen sind und daß etwa die österreichische Elektrizitätswirtschaft in Bezug auf die Anwendung neuester betriebstechnischer Erkenntnisse jeden Vergleich mit ähnlichen Unternehmungen und Betrieben der übrigen Welt auszuhalten vermag. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Feststellung angebracht, daß die moderne Fernheiztechnik in der kommunalen und staatlichen Energieversorgung Österreichs bereits einige anscheinliche Beispiele aufzuweisen hat.

Aber auch in der büromäßigen Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben war die Stadt Wien schon immer beispielgebend. In der Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe und in der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt, aber auch im Statistischen Amt der Stadt Wien ist die Lochkartenmaschine seit ihrer Einführung in Österreich, also seit fast vier Jahrzehnten in Betrieb. Mit den technischen

Fortschritten des Holerithsystems ist auch der Anwendungsbereich dieser Maschinen im städtischen Dienst erweitert und elektronische Abrechnungsvorgänge sind bei den Wiener Stadtwerken zur Alltäglichkeit geworden. Die Wiener Stadtwerke haben vor einigen Jahren mit Hilfe von Lochkartenmaschinen das seit Jahrzehnten angestrebte gemeinsame Inkasso des Gas- und Stromkonsums verwirklicht. Die Bemühungen der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke, auf dem Gebiete der Automation und damit der Vereinfachung und Verbilligung der betrieblichen Verwaltung weiterzugehen, haben zur Zusammenarbeit der Wiener Stadtwerke mit dem mathematischen Institut der Wiener technischen Hochschule geführt. Eine Kombination der eigenen technischen Anlagen mit der Elektronen-Rechenmaschine der Wiener Technik ermöglichte die Umstellung der Verrechnung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Wiener Stadtwerke, die bereits abgeschlossen ist. Derzeit wird in Fortsetzung dieser Aktion an der Umstellung der Verrechnung der Aktivitätsbezüge des Personals der Wiener Stadtwerke gearbeitet. Hier sind außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden, weil die verschiedenen Arbeiterkategorien verschiedene Zulagen beziehen, deren Höhe von der jeweiligen Arbeitsleistung und von vielen täglich wechselnden betrieblichen Voraussetzungen abhängig ist. So muß beispielsweise die tatsächliche Dienstleistung der Fahrer und Schaffner der Wiener Verkehrsbetriebe nach Minuten wöchentlich durch- und monatlich abgerechnet werden. Hier ist eine Unsumme komplizierter Kleinarbeit auf die Maschine zu übertragen. Es ist also dabei das große Problem zu lösen, die Automation herbeizuführen und doch die Individualität und die Exaktheit der Einzelberechnung nicht zu gefährden.

Auf moderne Buchung- und Lochkartenmaschinen ist auch schon die Lagerabrechnung der Wiener Stadtwerke umgestellt worden. Monatlich werden auf diese Weise rund 80.000 Materialausgänge mechanisch verbucht und verrechnet. Gewissermaßen als Sonderaufgabe der modernen, maschinellen Einrichtungen der Wiener Stadtwerke werden komplizierte Konsumanalysen durchgeführt, die betriebswirtschaftlich interessant sind und die Grundlagen für die Betriebsrechnung liefern.

Die gleichen Modernisierungsbestrebungen auf technischem Gebiet, die ich von den Wiener Stadtwerken berichten konnte, sind aber auch in den Werken der anderen österreichischen Städte wirksam; wengleich dort der geringere Umfang der Betriebe nicht immer

die Anwendung der gleichen Maschinen gestattet. Die kommunalen Unternehmungen erfüllen auf diesem Gebiete eine wahre Pioniermission innerhalb der Dienststellen der öffentlichen Hand Österreichs.

Die Hoheitsverwaltung hat weniger Möglichkeiten der Automation, aber auch dort sind bereits lebhafteste Bestrebungen im Gange. Statistisches Amt, Einwohneramt, Wahlamt und andere Hilfsämter der Magistrate der größeren Städte Österreichs besitzen und handhaben maschinelle Anlagen zur Vereinfachung und Verbilligung vieler Verwaltungsvorgänge. Die Hoheitsverwaltung der Stadt Wien bereitet die Umstellung der Personalverrechnung nach dem Muster und auf Grund der Erfahrungen der Wiener Stadtwerke auf das mechanische System vor und hofft, in kurzer Zeit auf diesem Gebiete ebenfalls auf Erfolge hinweisen zu können. Wo bisher moderne Betriebsmethoden bei den Gemeinden eingeführt wurden, haben sie das gesteckte Ziel erreicht, namhafte Personalstände einsparen geholfen und damit eine Verbilligung der Verwaltung erzielt.

In der Hoheitsverwaltung der öffentlichen Hand und hier sei wieder in erster Linie von den Verhältnissen und Erfahrungen der kommunalen Verwaltung gesprochen, ergeben sich im allgemeinen weniger Möglichkeiten des Überganges zu modernen Betriebsmethoden als bei den kommunalen Unternehmungen. Wie bereits bemerkt, sind selbstverständlich die österreichischen Städte bemüht, auch in ihrem Verwaltungsbereich Vereinfachungen durchzuführen. Die Anwendung der Maschine setzt aber, wie überall, so auch in der Hoheitsverwaltung das Vorhandensein von Massenarbeitsvorgängen voraus. In diesem Sinn werden Einzelausfertigungen von Bescheiden durch Formulare ersetzt und wird der Übergang zur maschinellen Erledigung von Arbeitsvorgängen gesucht. Wo es sich aber um die Erfüllung behördlicher Aufgaben handelt und größte Präzision und individuelle Prüfung jedes einzelnen Falles erforderlich ist, sind der Modernisierung und Mechanisierung der Arbeit enge Grenzen gezogen. Handelt es sich dabei doch um die Anwendung von Gesetzen und Verordnungen, um die Fällung behördlicher Entscheidungen, die juristische Akte darstellen und das Studium des einzelnen Falles und der einschlägigen Rechtsnormen voraussetzen. Der Staatsbürger, dessen Angelegenheit dabei zu entscheiden ist, hat ja das Recht auf genaue Prüfung seiner Sache. Und das rechtsstaatliche Prinzip unserer demokratischen Verfassung verpflichtet die Behörde nicht nur zur gewissenhaftesten

Prüfung der Rechtslage jedes anhängigen Falles, es hat im hierarchischen Aufbau des Rechtsmittelzuges, der dem Bürger die Verfolgung seines Falles bis zur Anrufung der hohen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes ermöglicht, geradezu ein Hindernis der Automation in der Verwaltung aufgerichtet. Die Anwendung moderner Betriebsmethoden technischer Art wird sich also in der Hoheitsverwaltung immer auf mechanische Vorgänge beschränken müssen.

Von umso größerer Bedeutung ist daher die Anwendung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Hoheitsverwaltung, aber natürlich auch bei den Unternehmungen der öffentlichen Hand, auf dem Gebiete der Menschenbehandlung. Hier sind der modernen Betriebsführung zwei Grundaufgaben gestellt:

Die Schaffung jenes günstigen Betriebsklimas innerhalb der Beamtenschaft, das den Beamten zum begeisterten, von seiner sozialen Aufgabe erfüllten Mitarbeiter der Verwaltung macht; das an die Stelle aus dem Polizeistaat stammenden Obrigkeitsdünkels des behördlichen Organs gegenüber dem einfachen Staatsbürger den verständnisvollen Anwalt der öffentlichen Interessen gegenüber dem Mitglied der Volksgemeinschaft stellt. Es geht also darum, die altmodische, trockene, verstaubte Amtsstube und ihren Geist zu überwinden und zu ersetzen durch den modernen demokratischen Geist des gegenseitigen Verständnisses und der allenfalls erforderlichen Hilfsbereitschaft. Wir dürfen mit einiger Befriedigung feststellen, daß die österreichischen Behörden und Dienststellen jetzt schon zahlreiche Beamte dieser Art besitzen. Das menschliche Betriebsklima soll aber nicht ein Produkt des Zufalls sein, sondern planmäßig und bewußt herbeigeführt werden.

Hier sehe ich die wesentliche Aufgabe der Einführung moderner betriebswissenschaftlicher Methoden in die Verwaltung der Behörden und der öffentlichen Unternehmungen. Dieses menschliche Betriebsklima kann aber in den Dienststellen der öffentlichen Verwaltung nur geschaffen und gehalten werden, wenn es von der Spitze der Verwaltung her bewußt gefördert wird. Die Umstellung, soweit sie notwendig ist, muß daher von oben gewollt und von obenher durchgeführt werden. Deshalb hat die Stadt Wien auf Anregung des Österreichischen Städtebundes mit der Schulung ihrer Spitzenbeamten begonnen. Auch auf diesem Gebiete haben wieder die Wiener Stadtwerke Pionierarbeit geleistet. Sie haben ihre ersten Beamten, Direktoren, Abteilungs-

vorstände, Personalisten und leitende Juristen mit den führenden Personalvertretern zu einem Vortragszyklus zusammengefaßt und mit den wesentlichen Grundgedanken und Erfahrungstatsachen der human relations, also der bewußten Förderung und Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern, zwischen Personalreferenten und der Masse der Bedienstetenschaft bekanntgemacht. Aus eigener Initiative haben daneben die Wiener Verkehrsbetriebe im vergangenen Winter versuchsweise eine Arbeitsgemeinschaft veranstaltet, in der 12 Betriebsbeamte, Betriebsingenieure, Juristen der Direktion und führende Mitglieder der Personalvertretung in der Form eines Seminars alle Probleme der Menschenbehandlung durchgearbeitet haben. Die fruchtbare Diskussion dieses Seminars hat nicht nur wertvolle Erkenntnisse auf dem Gebiete der menschlichen Beziehungen, sondern auch viele Anregungen für Verbesserungen der Betriebsführung erbracht.

Auf dem Gebiete der Menschenbehandlung im Betrieb und in der Dienststelle ergibt sich also ein weites Feld der Erprobung wissenschaftlicher Betriebsmethoden. Als Idealziel darf wohl jener Zustand bezeichnet werden, in dem jeder Beamte auf jenen Platz gestellt wird, der nicht nur seiner Vorbildung sondern auch seinen persönlichen Neigungen am besten entspricht und ihn in seiner Dienstleistung daher mit einem Maximum an Befriedigung erfüllt. Gelingt es, so den richtigen Mann auf den richtigen Platz zu bringen, dann wird nicht nur ein gesundes, angenehmes und harmonisches Betriebsklima erreicht, sondern dann wird auch eine wesentliche Voraussetzung für eine verständnisvolle und menschliche Erledigung jedes einzelnen Verwaltungsaktes erzielt werden. Der Weg dazu ist nicht nur eine planmäßige Schulung der Beamtenschaft durch geeignete Schulungskräfte, sondern und vor allem das unmittelbare Beispiel, das Vorleben dieser menschlichen Arbeits- und Dienstleistung durch Vorgesetzte und ältere Kollegen. Wir sind in Österreich im öffentlichen Dienst erst am Anfang dieser bewußten Umstellung. Die bisherigen Versuche zeigen erfreulicherweise, daß die innere Bereitschaft bei den leitenden und zugeteilten Beamten der Gemeindeverwaltungen absolut vorhanden ist. Daß sie nur geweckt zu werden braucht und daß überall dort, wo die Absicht der Verwaltung erkennbar ist, die menschlichen Beziehungen innerhalb der Dienststellen und gegenüber der Bevölkerung im Sinne einer wissenschaftlichen,



modernen Menschenbehandlung zu verbessern, geradezu eine Bewegung unter der Beamtenschaft in dieser Richtung Platz greift. Die bisherigen Versuche der Stadt Wien haben aber auch die Richtigkeit ihres Vorganges bewiesen, daß die Schulungsarbeit an der Beamtenschaft mit der Vorgesetzten-Schulung beginnen muß und erst in der Folge durch die Erfassung nachgeordneter Beamtenschichten verbreitert werden darf.

Die vom breiten Publikum erwartete und geforderte Auswirkung der Bestrebungen des human relations kann wohl in gewissem Maße schon das Ergebnis der Vorgesetzten-Schulung und der Schulung der mittleren Beamtenschaft sein, weil die Klimaverbesserung innerhalb der Dienststellen sich zwangsläufig auf den Verkehr der Beamtenschaft mit den vorsprechenden Parteien auswirken wird. Die Schulung für den Parteienverkehr selbst ist allerdings eine zweite Aufgabe, die einer eigenen, gewissenhaften und mit viel Liebe vorbereiteten und durchgeführten Aktion bedarf. Zu diesem Zwecke werden Veranstaltungen spezieller Art für die im Parteienverkehr stehenden Beamten durchgeführt werden müssen. Ein Großteil dieser Aufgaben aber wird im Rahmen der ständigen Verwaltungskurse, die jeder Verwaltungsbeamte in der ersten Etappe seiner Dienstzeit absolvieren muß, erfüllt werden müssen.

Ich will gar nicht verschweigen, daß der öffentliche Dienstgeber mit dieser Klimaverbesserung auch eine Hebung der Arbeitsmoral im allgemeinen anstrebt. Die Wege dazu sind die Bemühungen um die Verbesserung des Arbeitsklimas, die Erfüllung der Beamten mit Arbeitsfreude und mit Befriedigung durch ihre Arbeit. Beamte, die ihre Anstellung nicht als bloße Versorgung betrachten, werden von selbst zu höheren Leistungen kommen, ja sogar über Möglichkeiten der Vereinfachung der von ihnen zu leistenden Arbeit nachdenken, möglichen Personaleinsparungen keinen Widerstand entgegensetzen oder solche sogar selbst ausfindig machen. Unser Ziel ist ja nicht eine vermehrte "Ausbeutung", wie ja von Ausbeutung im öffentlichen Dienst überhaupt nicht gesprochen werden kann, sondern die Wahrnehmung aller Gegebenheiten zur Senkung des Verwaltungsaufwandes, im Interesse des Steuerzahlers und des Bürgers, der die öffentlichen Dienste in Anspruch nimmt!"

Wiener Stewardessen führen fünfmal um die Erde  
=====Stadtrat Mandl verabschiedete sich von den Helferinnen des  
Fremdenverkehrs

24. September (RK) Mit dem Abschluß der Wiener Herbstmesse am 15. September stellten auch die Stewardessen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien ihre Tätigkeit für dieses Jahr ein. Gestern abend versammelten sich die jungen Mädchen noch einmal auf dem Dampfer Schönbrunn an der Anlegestelle der DDSG bei der Reichsbrücke, um bei einer kleinen Feier Abschied von ihrer allgemein anerkannten Tätigkeit zu nehmen. Viele der Stewardessen werden nächstes Jahr wieder dabei sein, manche haben allerdings eine andere Beschäftigung gefunden, einige werden auch heiraten.

Die Feier auf dem Dampfer Schönbrunn benützte Stadtrat Mandl, um den Stewardessen seinen Dank auszusprechen. Er betonte, daß die Schaffung des Stewardessendienstes für die Betreuung der Reisenden ein Experiment war, von dem man nicht wußte, wie es ausgehen werde. Es war daher eine schwere Aufgabe, die die jungen Mädchen übernommen haben. Im Stillen hat man auch damit gerechnet, daß es da oder dort Schwierigkeiten geben werde. Es freue ihn jedoch, heute sagen zu können, daß man nirgends Beschwerden über die Stewardessen, sondern bei den Reisenden aus aller Welt nur höchstes Lob zu hören bekommen hat.

Zur Erinnerung an ihre Tätigkeit im Dienste der Stadt Wien und des Wiener Fremdenverkehrs überreichte Stadtrat Mandl den Stewardessen kleine Zierdosen aus Augarten-Porzellan.

Täglich bis zu 344 Kilometer

Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien hat für diese Saison auch bereits eine kleine Bilanz über die Tätigkeit der Stewardessen ausgearbeitet. Ab 1. Juni waren zuerst 13, dann 16 und schließlich 15 junge Damen in ihrer schmucken Uniform damit beschäftigt, den nach Wien kommenden Gästen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und eventuelle Quartierwünsche in Zusammenarbeit mit dem "Zentralen Zimmernachweis der Stadt Wien" entgegenzunehmen. Die Tätigkeit der Stewardessen erstreckte sich auf verschiedene

internationale Züge der Österreichischen Bundesbahnen, auf die Kursschiffe der DDSG aus Richtung Passau - Linz, auf die Bahnhöfe Wien-West und Wien-Süd-Ost. Auf der Straße standen die Auskunftstellen Purkersdorf und Inzersdorf für die mit dem Auto nach Wien kommenden Besucher zur Verfügung.

In den dreieinhalb Monaten ihrer Tätigkeit legten die Stewardessen eine Entfernung zurück, die fast dem fünffachen Erdumfang entspricht. Insgesamt wurden 199.318 Kilometer zurückgelegt, davon 13.188 Kilometer mit Schiffen auf der Donau. Die Fahrten aus Wien zum Einsatzort sind dabei nicht berücksichtigt. In den Zügen und auf den Schiffen wurden 39.000 Auskünfte erteilt und fast 7.000 Quartierwünsche entgegengenommen. Das heißt, die Stewardessen halfen, für ungefähr 12.500 Personen Hotel- oder Privatzimmer zu vermitteln.

Im Einsatzraum West mit dem Sitz in Linz wurden jeweils vier Tagestouren gefahren, die sich auf die Eisenbahnlinien Salzburg - Attnang-Puchheim - Linz, bzw. Passau - Neumarkt - Linz und auf der Donau auf die Schifffahrtstrecke Aschach - Linz - Melk und später Linz - Melk erstreckten. Im Tagesdurchschnitt wurden 257 Kilometer zurückgelegt, die längste Tour betrug 336 Kilometer. Im Juli reisten die Stewardessen am meisten, nämlich 36.890 Kilometer per Bahn und per Schiff.

Im Einsatzraum Süd mit dem Sitz in Bruck an der Mur wurden drei Tagestouren gefahren, die sich auf den Streckenraum Graz-Bruck und Zeltweg - Bruck erstreckten. Im Tagesdurchschnitt wurden 263 Kilometer gefahren, die längste Tour betrug 344 Kilometer. Auch im Südraum war der Juli mit 24.472 Kilometer der stärkste Monat.

Auf den Einfallstraßen wurden bei der Auskunftstelle in Purkersdorf 12.500 Auskünfte erteilt und 1.450 Unterkünfte vermittelt. In Inzersdorf, wo mit 1. Juli der Betrieb aufgenommen wurde, konnten 3.500 Auskünfte erteilt und 550 Zimmer vermittelt werden. Dazu kommt noch die Tätigkeit der Stewardessen auf den Bahnhöfen und bei der Reichsbrücke, die darin bestand, die durch ihre Kolleginnen vorgemeldeten Wünsche zu erfüllen.

Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien wird nach Sichtung aller Unterlagen einen Erfahrungsbericht ausarbeiten, der die in dieser Saison gesammelten Erkenntnisse verwerten wird.

### Drei neue städtische Wohnhausanlagen

=====

24. September (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller hat heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Entwürfe und die Kosten für drei neue städtische Wohnhausanlagen vorgelegt. Die drei neuen Gemeindebauten, die im 2., 9. und 14. Bezirk gebaut werden, umfassen zusammen 146 Wohnungen und drei Geschäftslokale. Die Gesamtkosten werden mit 15,5 Millionen angenommen, wovon heuer noch 1,2 Millionen verbraucht werden.

Im 2. Bezirk, Rotensterngasse - Kleine Mohrengasse, wird an Stelle eines über die Baulinie vorspringenden alten Hauses ein fünfstöckiges Wohnhaus errichtet, in dem sich 21 Wohnungen und drei Geschäftslokale befinden werden. Der Hauseingang wird auf der Hofseite liegen und von einer in der Kleinen Mohrengasse geplanten Durchfahrt zugänglich sein. Die Entwürfe stammen von der Architektin Martha Reitstätter-Bolldorf.

Im 9. Bezirk, Lichtentaler Gasse - Badgasse, wird an Stelle baufälliger einstöckiger Häuser, die bereits abgetragen worden sind, ein vierstöckiges Eckhaus gebaut, wobei auf die künftige Hebung des Niveaus der anschließenden Verkehrsflächen Bedacht genommen wird. Das Haus wird 30 Wohnungen enthalten. Die Pläne wurden von Arch. R. Gerlach sen. ausgearbeitet.

Im 14. Bezirk, Breitenseer Straße 68-74, werden ebenfalls an Stelle verfallender Objekte, die bereits abgetragen wurden, acht Häuser gebaut. Vier, zu je vier Stockwerken, sind zu einem geschlossenen Block entlang der Baulinie der Breitenseer Straße zusammengefaßt und schließen eine Baulücke zwischen Privathäusern. Die restlichen vier Häuser sind zweistöckig und werden zwei freistehende parallele Baublöcke bilden. Insgesamt werden dort 95 Wohnungen untergebracht. Dies ist der erste Abschnitt einer größeren Wohnhausanlage, die nach der noch zu erfolgenden Räumung der Sportanlage "Olympia 33" in der Richtung zur Steinbruchstraße erweitert werden soll. Die Projekte verfaßten die Architekten Aichinger und Benedikt.

- - -

Beharrungsbeschluß für Garagengesetz - Drei neue Verordnungen  
=====

24. September (RK) Stadtrat Afritsch hat heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung die Wiederholung des vom Landtag am 19. Juli 1957 beschlossenen Wiener Garagengesetzes eingebracht, gegen das von der Bundesregierung aus formalen Gründen Einspruch erhoben worden ist. Der Wiener Landtag wird in seiner nächsten Sitzung, die am Freitag dieser Woche stattfindet, einen Beharrungsbeschluß fassen.

Stadtrat Afritsch referierte auch über drei neue Verordnungen, die von der Wiener Landesregierung einstimmig beschlossen wurden. Es handelt sich um die Wiener Feuerwehrverordnung, die Feuerpolizeiverordnung und die Kehrverordnung.

- - -

Fernheiznetz Baumgartner Höhe-Steinhof wird ausgebaut  
=====Subvention für Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte

24. September (RK) 100.000 Schilling als Subvention für die Gesellschaft der Ärzte in Wien beantragte Stadtrat Dkfm. Nathschläger heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates. Diese Zuwendung dient der Erhaltung und dem Ausbau der Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte.

Ein zweiter Antrag befaßte sich mit der Erweiterung der Fernheizzentrale der städtischen Anstalten Lungenheilstätte Baumgartner Höhe und Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof". Außerdem wird der Pavillon 30 der Lungenheilstätte, in dem eine Deckenstrahlungsheizung eingebaut wird, an die Fernheizleitung angeschlossen. Für diesen Zweck sind 8,550.000 Schilling vorgesehen.

Neue Gasmesser und Stromumspanner

Stadtrat Tkfm. Nathschläger beantragte sodann einen weiteren Kredit von fünf Millionen Schilling für die Anschaffung von Gasmessern. Der Bedarf an Gasmessern ist größer als im Voranschlag für 1957 vorgesehen war. Allein für private Wohnhäuser werden um

2.500 mehr gebraucht als angenommen wurde.

Für die Anschaffung von Regelumspannern samt den dazugehörigen Schaltanlagen für die Umspannwerke der Wiener Elektrizitätswerke werden noch zwei Millionen Schilling benötigt. Die zur Verfügung stehenden Umspanner waren im vergangenen Winter voll ausgelastet. Im Hinblick auf den steigenden Strombedarf ist es notwendig, zur Deckung der zu erwartenden Winterspitze eine weitere Anzahl von Regelumspannern einzustellen.

Alle diese Anträge werden am Freitag dem Wiener Gemeinderat zur Beratung und endgültigen Beschlußfassung vorliegen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 24. September  
=====

24. September (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 107. Neuzufuhren: Inland 4545, Ungarn 472, Jugoslawien 154, Rumänien 300, Polen 1148. Gesamtauftrieb: 6726. Verkauft: 6714, unverkauft Inland: 12.

Preise: Extremware 14.- S Lebendgewicht, 1. Qualität 13.70 bis 14.- S, 2. Qualität 13.- bis 13.70 S, 3. Qualität 12.- bis 13.- S, Zuchten 10.80 bis 12.- S, Altschneider 8.- bis 10.50 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 12 Groschen und beträgt 13.23 S. Ungarische Schweine notierten von 12.- bis 13.60 S, jugoslawische Schweine von 12.40 bis 13.- S, rumänische Schweine von 12.- bis 13.50 S, polnische Schweine von 12.20 bis 14.- S.

- - -